

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 80 (2009)
Heft: 1

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

■ Barbara Steiner

Grossbritannien Weniger Abtreibungen bei Down-Syndrom

In Grossbritannien kommen wieder mehr Kinder mit Down-Syndrom zur Welt als in den Jahren nach der Einführung von Früherkennungstests, mit denen die Behinderung bereits während der Schwangerschaft festgestellt werden kann. Für 2006 verzeichnen die Statistiken für England und Wales 749 derartige Geburten. 1989, im Jahr der Einführung der Pränataltests, waren es 717 gewesen. In den Jahren dazwischen war die Zahl zum Teil auf deutlich unter 600 Geburten gesunken. Ausschlaggebend für die Entscheidung vieler Eltern, das behinderte Kind nicht abtreiben zu lassen, ist einer Umfrage zufolge der Eindruck, dass solche Kinder heute mit besseren Zukunftschancen rechnen könnten als noch vor 20 Jahren. Ausserdem sahen sie sich durch die Hilfe von Freunden und Familie in ihrem Entschluss bestätigt: «Ich bin kein Anhänger der Vorstellung von einem «perfekten menschlichen Wesen», ein Kind dem anderen vorzuziehen, hätte ich schrecklich gefunden», erklärte eine der Befragten. Experten gehen davon aus, dass es in Deutschland einen ähnlichen Trend wie in Grossbritannien gibt.

Spiegel

Schweiz Erste Miss-Wahl für Behinderte

Im November 2009 soll die erste Miss Handicap gewählt werden. Teilnehmen können Frauen zwischen 18 und 30 Jahren mit einer Körper- oder Sinnesbehinderung. Die Wahl soll zeigen, dass junge Frauen mit – und nicht trotz – einer Behinderung attraktiv sein können, heisst es in einer Medienmitteilung der Organisation «miss handicap wahl 2009». Bei der Wahl stehen Kandidatinnen aus der Deutschschweiz im Zentrum, Bewerbungen aus anderen Landesteilen seien aber willkommen. Initiantin und Projektleiterin ist die Berner Event-Managerin Michelle Zimmermann, die mit einem seltenen Gendefekt der Haut (Epidermolysis Bullosa dystrophica) geboren worden ist. Sie wird unterstützt von Adrian Hauser, Chefredaktor des Fachmagazins über Behinderung, Procap. Im Patronatskomitee sind unter anderen die Berner Rock-

sängerin Natacha, Mister Schweiz 2007 Tim Wieland und Urs Brülisauer, Geschäftsführer Mister Schweiz.

Newsnetz/Basler Zeitung

Schweiz DAB-Radio gewonnen

Im Zusammenhang mit einem Artikel in der November-Ausgabe 2008 über die Abschaltung des Senders Beromünster hat die Fachzeitschrift Curaviva in Zusammenarbeit mit Radio DRS Digitalradio-Geräte verlost. Folgende Institutionen haben je ein DAB-Radiogerät gewonnen: Alters- und Pflegeheim Madle in Pratteln (BL), Pflegeheim St. Franziskus in Menzingen (ZG), Alters- und Pflegeheime Neuhausen in Neuhausen am Rheinfall (SH) und Stiftung für Betagte in Ostermündigen (BE).

(swe)

Schweiz Engagement Freiwilliger geht zurück

Die Beteiligung an Freiwilligenarbeit geht in der Schweiz tendenziell zurück. Dies zeigt ein Vergleich über zehn Jahre, den das Bundesamt für Statistik veröffentlicht hat. Demnach ist der Anteil der Schweizer, die sich freiwillig für einen Verein oder eine Organisation engagieren, zwischen 1997 und 2007 von 27 Prozent auf 24 Prozent zurückgegangen.

Die Quote der Personen, die unbezahlte Hilfeleistungen im privaten Umfeld erbrachten, sank von 23 auf 21 Prozent der Gesamtbevölkerung. An der Struktur der Freiwilligenarbeit hat sich derweil laut der Statistik nichts geändert. Männer engagieren sich häufiger als Frauen für Vereine und Organisationen, wobei dieses Engagement am häufigsten mit einer sportlichen Tätigkeit verbunden ist: Mehr als 11 Prozent der Schweizer Männer machen in einem Sportverein mit. Frauen übernehmen demgegenüber öfters als Männer informelle Hilfeleistungen für andere Haushalte, etwa indem sie die Kinder von Bekannten oder Verwandten betreuen. Für ihre Tätigkeit wenden die Freiwilligen im Durchschnitt nicht ganz einen halben Arbeitstag pro Woche auf.

Tages-Anzeiger

Basel Handbuch zur Behinderten- Integration

«Behinderung kann jeden und jede treffen», sagt Hansjürg Minder von der IVB Behindertenselbsthilfe beider Basel. Mit dem neuen Handbuch «Arbeit und Behinderung» will Minder darum einerseits die Leute für das Thema sensibilisieren. Andererseits liefert er damit handfeste Tipps, wie Arbeitgeber Behinderte in ihrem Betrieb integrieren könnten. Denn nirgendwo ist die Arbeitslosigkeit derart hoch wie unter den sogenannten «Behinderten», zu denen auch gut ausgebildete Menschen gehören. Wie eine vom Bund veranlasste Studie bei über 1600 Betrieben ergab, haben nur 8 Prozent aller Betroffenen einen Job – dies, obwohl mindestens die Hälfte von ihnen fähig wäre, eine Arbeit zu übernehmen. Das Problem: «Beim Wort «Behinderte» schrecken heute die meisten Arbeitgeber zurück», erzählt Minder. Die Zeiten, als Firmen-Patrons körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen beschäftigten, sind vorbei. «Die Leute haben heute schon genug Probleme, da wollen sie sich nicht noch etwas aufladen, das ihnen nicht ganz geheuer ist.» Die Folge: Betroffene werden stigmatisiert und fühlen sich nutzlos. Zudem explodieren die Kosten für die Sozialwerke. Dazu kommt: «Wer einmal ein paar Monate arbeitslos war, aus welchem Grund auch immer, hat kaum mehr Chancen auf eine Rückkehr in die Arbeitswelt», sagt Minder und beruft sich auf Statistiken von Versicherungen. Darum sei die Früherkennung so wichtig. «Statt die Leute in die IV abzuschicken, muss man besser vorher nach Lösungen suchen.» Oft genügen bauliche Anpassungen, etwa die Einrichtung von Rollstuhlrampen, oder die Reduktion des Pensums. Hier soll das Buch helfen, Lösungen zu finden. Minder möchte auch Ängste nehmen, zum Beispiel mit Anleitungen und Checklisten über den Umgang mit Betroffenen. Eine behinderte Person identifiziere sich in der Regel zu 100 Prozent mit dem Betrieb. «Zudem sind Betroffene trotz ihrer Behinderung meist aufgestellt und wirken so positiv auf das Betriebsklima.» Ein weiterer Trumpf: Betroffene kann man in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen (die IV übernimmt beispielsweise das Taggeld) auch nur probeweise einstellen. Die IVB, eine Non-Profit-Organisation, ist selber Arbeitgeber. Sie be-

schäftigt 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen grossen Teil davon im Behinderten-transport. Von den 41 Chauffeuren und Chauffeuren sind laut IVB-Geschäftsführer Markus Schneiter fast zwei Drittel in irgendeiner Form Betroffene, sprich behindert.
Basellandschaftliche Zeitung

Basel-Land

Time-out bald auch in Primarschule

Seit November kann eine Schulleitung für Sekundarschüler eine betreute Auszeit verordnen, das so genannte Time-out. Dies ist sogar gegen den Willen der Eltern möglich. Die Verantwortlichen der Primarschulen zeigen sich verärgert darüber, weil sie für ein Time-out noch auf ein Ja der Gemeinden hoffen müssen. Simone Gschwend, Schulleiterin der Primarschule Binningen, ist sich alles andere als sicher, dass die Gemeinden der Vorlage zustimmen. Ein Ja wäre nämlich mit Mehrkosten verbunden. «Deswegen befürchte ich, dass viele Gemeinden die Vorlage ablehnen», sagt Gschwend. Auch Jürg Müller, Leiter des Bereichs Unterstützung beim Amt für Volksschulen (AVS), sieht das Problem: «Bis die Gemeinden zugestimmt haben, kann es lange dauern. Ich hoffe auf eine Einführung für das Schuljahr 2009/2010.» Dabei sei es den Primarschulen schon für 2008 zugesichert worden, betont Gschwend: «Noch im August wurde an einer Lehrerkonferenz offiziell bestätigt, dass die Time-out-Neuregelung auch für uns gelte. Es wurden also falsche Versprechungen gemacht. Das hätte nicht passieren dürfen.» Für Gschwend ist klar, dass auch Primarlehrer froh wären, uneinsichtige Störenfriede ins Walzwerk in Münchenstein schicken zu können. Binningen sei bereits die vierte Primarschule des Kantons, die bei Time-out-Leiter Heinz Treuer angefragt habe. Im Walzwerk werden aktuell freiwillig 33 Sekundarschüler während eines Tages und 4 Schüler durch Verordnung während dreier Tage pro Woche von Treuer, einer Lehrerin und einer Sozialarbeiterin betreut. Die restliche Zeit arbeiten sie in einem Betrieb oder in einer arbeitspädagogischen Institution. «Die Verzögerung ist ärgerlich», sagt auch Treuer, denn man wäre eigentlich bereit, auch Primarschüler aufzunehmen.

Basellandschaftliche Zeitung

Bern

Kündigung für Mitarbeitende des Feriendorfs Twannberg

Das Feriendorf Twannberg ist Geschichte, den 20 Festangestellten und noch 8 Teilzeitarbeitenden wurde gekündigt. Ende die Verhandlungen positiv, startet das Feriendorf an Ostern 2009 als Jugendherberge. Gemäss Rolf Pfister, Direktor des Feriendorfes Twannberg, wo seit über 30 Jahren Tausende von Behin-

Respekt und Achtung statt «positiver Stempel»

Leserbrief zum Artikel «Vom Versuch, die «geistige Behinderung» abzuschaffen», Fachzeitschrift Curaviva, Ausgabe Dezember 2008



In der Dezemberausgabe der Fachzeitschrift «CURAVIVA» habe ich den Artikel gelesen «Vom Versuch, die «geistige Behinderung» abzuschaffen». Ich muss sagen, ich war entsetzt. Ich arbeite seit dreissig Jahren mit behinderten Menschen und habe vor zwanzig Jahren mitgeholfen, ein Heim für erwachsene Behinderte aufzubauen. Seither arbeite ich in diesem Heim als Betreuerin und pädagogische Leiterin. Ich verbringe einen grossen Teil meines Lebens mit diesen behinderten Menschen, die ich schätze und liebe.

Mich hat es ganz stark befremdet, dass unsere Gesellschaft den Begriff «behindert» aus dem Wortschatz streichen will, weil er offenbar diskriminierend und herablassend wirkt und behinderte Menschen ausgrenzt. In der heutigen Zeit hat ja alles, was irgendwie andersartig ist, keinen Platz mehr. Es macht Angst, es verpflichtet, tolerant zu sein und Rücksicht zu nehmen und auch Hilfe und Unterstützung zu geben. Es ist eine Aufforderung, uns mit einem Phänomen auseinanderzusetzen, welches unser Denken, Fühlen und Handeln hinterfragt. Leider ist es viel einfacher, diese Andersartigkeit umzubenennen, ihr einen positiven Anstrich zu geben, denn damit haben wir unsere Schuldigkeit getan. Wir haben niemanden diskriminiert oder missachtet und tragen eine weisse Weste. Zudem attestieren wir diesen Menschen noch andersartige Begabungen und stehen so fein da.

Ist es noch niemandem aufgefallen, dass gerade die Tatsache, dass der Begriff «behindert» keinen Platz mehr hat in unserem Wortschatz, wir diese Realität verleugnen wollen, weil sie uns stört? Wir wollen alles in einem positiven Topf haben, und es soll ja nichts geben, was uns in unserem Gerechtigkeitswahn und unserer Gleichmacherei beeinträchtigt. Alles muss ins Schema passen, und ich muss sagen, dass ich mich als behinderter Mensch sehr schlecht fühlen würde, weil das, was mir fehlt, eigentlich gar nicht sein dürfte.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass auch wir sogenannte «normalen» Menschen Defizite und Beeinträchtigungen mit uns tragen und dass behinderte Menschen sehr wohl besondere Begabungen haben können. Tatsache ist und bleibt aber, dass sehr viele, um mit dem favorisierten Begriff zu handeln, «Andersbegabte» sehr oft auf unsere Hilfe, auch auf unsere finanzielle Hilfe, angewiesen sind. Wie viel christlicher wäre es doch, ihnen mit der nötigen Unterstützung beizustehen und ihnen mit Respekt und Achtung zu begegnen, anstatt ihnen einen so «positiven»Stempel aufzudrücken.

Ursula Rufer, Heilpädagogin, Plasselb

derten preisgünstig ihren Urlaub verbracht hatten, gibt es unter den Entlassenen auch Härtefälle. «Das sind beispielsweise langjährige Mitarbeitende über 50 und Ungelernte.» Ein Sozialplan bestehe nicht, teilweise sei jedoch die Kündigungsfrist erstreckt worden. Anfang November hatte die Trägerin, die Schweizerische Stiftung Feriendorf Twannberg, informiert, es sei ihr nicht gelungen, «die Finanzierung auf eine grundlegend neue Basis zu stellen». Derzeit laufen Verkaufsverhandlungen mit der Schweizerischen Stiftung für Sozialtourismus, der Trägerorganisation der Schweizer Jugendherbergen (SJH). «Wir haben uns einen ersten Eindruck verschafft», bestätigt Tobias Thut, Marketingverantwortlicher und Mediensprecher der

Non-Profit-Organisation SJH. Der Twannberg sei «ein grosses Thema». Derzeit arbeite man an der Detailplanung samt Betriebskonzept und Businessplan. Mitte Januar würden die Unterlagen dem Vorstand unterbreitet. Entscheidend für einen Neustart ab Ostern 2009 sei, dass ein rentabler Betrieb überhaupt möglich ist. Zu einem funktionierenden Betriebskonzept als Jugendherberge gehöre die Anbindung des Feriendorfes an den öffentlichen Verkehr, sagt Thut. Die Gemeinden Ligerz und Twann lassen nun eine Studie über Transportbedürfnisse und -möglichkeiten erstellen und ein finanziell tragbares Konzept evaluieren. Schon im Sommer soll ein Versuchsbetrieb gestartet werden können.
Berner Rundschau

Bern/Neuenburg/Jura Palliative Pflege im Jurabogen

Die Gesundheitsdirektoren der Kantone Bern, Neuenburg und Jura wollen die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen verstärken. Nächstes Ziel ist der Abschluss einer Vereinbarung für palliative Pflege im Jurabogen. Damit soll erreicht werden, dass das Chrysalide-Spital in La Chaux-de-Fonds zum Referenzzentrum für Palliativpflege erklärt wird. Ein gemeinsames Referenzzentrum zu bezeichnen, bedeute einerseits, dass Personen aus dem Berner Jura nach Abschluss der Vereinbarung auf Wunsch im neuenburgischen Spital gepflegt werden könnten. Andererseits könnten bernjurassische und jurassische Gesundheitsinstitutionen im Spital von La Chaux-de-Fonds Unterstützung in fachlichen Fragen einholen. Dies sagte Jean-Philippe Jeannerat von der bernischen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF). Der Kanton Bern hat gemeinsam mit Neuenburg und Jura bereits ein Pilotprojekt für die Früherkennung von Brustkrebs vereinbart.

Der Bund

Graubünden Regierung ist gegen Pflegeschul-Initiative

Ein Weiterbestehen der Bündner Fachschule für Pflege (BFP) Ilanz auf privater Basis wird es nicht geben, das ist seit Mitte November bekannt. Nun hat sich auch die Regierung wieder zum Thema geäußert: Den Erwartungen gemäss hat sie ihre Ablehnung der im April zur BFP eingereichten Volksinitiative veröffentlicht. Das mit 3364 gültigen Unterschriften zustande gekommene Begehren will die Regierung dazu verpflichten, den Standort Ilanz, insbesondere die BFP, als Aus- und Weiterbildungsort im Gesundheitsbereich zu erhalten und zu fördern, und zwar über eine entsprechende Änderung des Gesetzes über die Berufsbildung und weiterführende Bildungsangebote. Die Regierung spricht sich aus verschiedenen Gründen gegen die Initiative aus. Einerseits

wolle dieses Begehren der Regierung den Steuerungs- und Koordinationsauftrag im Bereich Gesundheit entziehen; Ilanz respektive der BFP wolle man zudem eine Vorzugsstellung sichern. Eine solche Privilegierung sei problematisch. Andererseits «wäre die Umsetzung der Initiative mit grossen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten verbunden», zumal sie einen unbefristeten und voraussetzungslosen Fortbestand der BFP verlange, also unabhängig vom Bedarf – und diesen Bedarf erkennt die Regierung in Graubünden weiterhin nicht. Auch mittel- und langfristig gebe es kaum Anhaltspunkte für einen höheren Bedarf, heisst es in der Mitteilung aus Chur. Ebenfalls in einer Mitteilung äusserte sich die CVP Surselva, Hauptinitiantin des Volksbegehrens, zur Regierungsstellungnahme. Mit der «wenig überraschenden Ablehnung» werde die Tendenz der Regierung bestätigt, attraktive Arbeitsplätze und qualitativ hoch stehende Bildungsangebote den Regionen zu entziehen und in Chur zu zentralisieren. Dagegen werde sich die Partei zusammen mit ihrer Grossratsfraktion einsetzen. Wie Marcus Caduff, Präsident der CVP Surselva, erklärte, wird die Initiative zur BFP «sicher bis zur Debatte im Grossen Rat» aufrechterhalten.

Diese Debatte ist für die Februarsession 2009 vorgesehen. Auch in der Surselva gelten die Chancen des Volksbegehrens aber als gering.
Die Südostschweiz

St. Gallen Betagtenpflege in der Stadt

Pflegebedürftige alte Menschen werden oft von Angehörigen gepflegt. In einer Interpellation wollte Maria Huber (CVP) vom St. Galler Stadtrat unter anderem wissen, ob das städtische Angebot für die Pflege Betagter den Anforderungen genüge. Auf Wunsch der Interpellantin wurde die Antwort diskutiert. Von verschiedener Seite wurde auf fehlende Schaltstellen zwischen Organisationen und pflegenden Angehörigen hingewiesen. Eine Kartei, die über Pflegeplätze informiere, sei wünschenswert, sagte Maria Huber. Eine Koordination medizinischer, pflegerischer und sozialer Betreuung müsse ebenfalls in Betracht gezogen werden, sagte Sylvia Huber von der Politischen Frauengruppe St. Gallen. Sie wies auch darauf hin, dass pflegende Angehörige oft keine Hilfe in Anspruch nehmen würden, da die Kosten teilweise zu hoch seien.
St. Galler Tagblatt

**Ihre Lösung für den
professionellen Einkauf**
Prüfen – entscheiden – profitieren

CURAVIVA
Einkaufspool

Fon 0848 800 580
pool@curaviva.ch
www.einkaufspool.curaviva.ch



**Möchten Sie sich ein zweites
berufliches Standbein sichern?**

Diplomausbildung Körperzentrierte/r Psychologische/r Berater/in IKP

Zusätzlich zum Gespräch ist der körperliche Zugang zur Seele eine Basis für Selbsterfahrung und erweitert die beruflichen Perspektiven (Diplom SGfB-anerkannt).

Gratis Infoabend am 20.1.2009

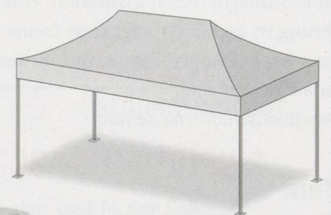
Rufen Sie uns an, wir informieren Sie gerne:
Telefon 044 242 29 30

Ausbildungsinstitut für Ganzheitliche Therapien IKP

www.ikp-therapien.com



QUALYtent *****
Verkauf + Vermietung



**Faltzelte
Festbankgarnituren**
für professionelle
Anwender

**Schöni
PartyWare**

Schöni PartyWare AG
Isenrietstrasse 9a
8617 Mönchaltorf

Tel. 044 984 44 05
Fax 044 984 44 60
www.zeltshop.ch